

CORONA UND DIE STAATENLOSIGKEIT

Auswirkungen der Seuchenbekämpfung auf Staatenlose in Berichten von Hilfsorganisationen

Wenn Staatenlose Minderheiten angehören oder migriert sind, erhalten sie **Informationen** über das Virus und seine Bekämpfung oft nicht in ihrer Sprache.

Für Staatenlose sowie Migrant*innen insgesamt steigt das **Risiko eines Ausbruchs** durch unzureichende sanitäre Einrichtungen, Mangel an fließendem Wasser und überfüllte Unterkünfte.

Haben Staatenlose keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, können sie sich auch nicht **testen** lassen.



Bei staatenlosen älteren Menschen, chronisch Kranken und Behinderten droht wegen schlechter ärztlicher Versorgung die Gefahr verspäteter **Diagnosen**.

Mit der Pandemie steigt die **Angst**, dass Krankenhäuser Daten unregistrierter staatenloser Patient*innen an Behörden weitergeben.

Weil Staatenlose oft arm sind, haben sie auch kein Geld, um **Betreuung oder Medikamente** für die Folgebehandlung zu zahlen.

Sind die Grenzen komplett geschlossen, entfallen reguläre **Flucht- und Asylmöglichkeiten**.

Staatenlosen wird wegen Corona-Verdachts an den Grenzen die **Einreise** verwehrt oder dieser Grund vorgeschoben.

Viele Staatenlose arbeiteten auf dem informellen Arbeitsmarkt und wurden aufgrund der Einführung von Sperrmaßnahmen **arbeitslos**.

Wer gezwungen ist, weiter zu arbeiten, kann in arbeitsintensiven Jobs häufig den persönlichen **Abstand** nicht einhalten.

Staatenlose Frauen und Mädchen, die infolge der Pandemie anderweitig nichts verdienen, laufen Gefahr, in **Prostitution und Kinderheirat** gezwungen zu werden.

Aufgrund der Ausgangsbeschränkungen sind staatenlose Frauen und Mädchen in bekanntermaßen unsicheren Unterkünften besonders **gefährdet**.

Autoritäre Regime können die Pandemie nutzen, um Staatenlose stärker zu **überwachen**.



Wenn Staatenlose als besonders ansteckungsgefährdet gelten, steigt die Gefahr von **Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung**.

In vielen Ländern, etwa Jordanien, Malaysia und Nepal, werden Staatenlose von staatlichen **Hilfsmaßnahmen und Wirtschaftspaketen** ausgeschlossen.